

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/84

4. Mai 1971

Walter Ulbricht trat ab

-----  
Eine zentrale Veränderung in der SED-Führung  
Seite 1 und 2 / 68 Zeilen

Pornographieschutz: Fakten und Agitation

-----  
Klarstellung zum Verhalten der CDU/CSU-  
Opposition

Von Hugo Brandt SPD-MdB  
Mitglied des Bundestags-Sonderausschusses  
für die Strafrechtsreform

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

Eine gerechtere und effektivere Erziehung

-----  
Vom dreigliedrigen Schulwesen zur Stufenschule

Von Jürgen Girgensohn SPD-MdL  
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 5 und 6 / 85 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9163  
Pressnhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38  
Telefax: 666 848/1966 647/  
608 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Walter Ulbricht trat ab  
-----

Eine zentrale Veränderung in der SED-Führung

Über die Motive des Rücktritts Walter Ulbricht vom allmächtigen Posten des Generalsekretärs der SED ist nicht viel zu deuten. Niemand hat diesen Rücktritt erzwungen, ihm sind auch keine Diadochenkämpfe vorausgegangen. Er war aber schon seit langem erwartet worden.

Walter Ulbricht, der dienstälteste kommunistische Staatsmann der Welt, ist 77 Jahre alt und von Krankheit schwer gezeichnet. Ihm bleibt noch das politisch weniger bedeutsame Amt eines Ehrenvorsitzenden der SED und das des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Ämter also, die ihren Träger keine übermächtige Energie, Tatkraft und Kräfteverschleiß mehr abverlangen. Doch er kann sich weiter auf seine in langen Jahren durch Zielstrebigkeit, Elastizität, Anpassungsvermögen und einen kaum überbetonen Spürsinn für Veränderungen erworbene Autorität stützen. Er hat sich in stürmischen Zeiten als ein Meister der Taktik erwiesen, alle Wechselfälle innerhalb der kommunistischen Welt überstanden, und er hat als Stalinist die Entgötterung seines Idols Stalin sowie den Sturz Malenkows und Chruschtschows überlebt, ohne dabei Schaden zu nehmen. Sein Nachfolger im Amt des Ersten SED-Sekretärs, Erich Honecker, dürfte, solange Ulbricht lebt und darüber hinaus, in dessen Schatten stehen.

Unter der Führung des einstigen Tischlers Walter Ulbricht hat die von ihm geprägte DDR eine Schlüsselstellung innerhalb der Moskauer Deutschland- und Europapolitik erhalten. Das war nicht immer so, obwohl es heute nutzlos ist, darüber zu streiten, ob und inwieweit das Angebot Stalins vom März 1952, das eine Wiederherstellung der deutschen Einheit andeutete, ehrlich und aufrichtig gemeint gewesen sein mag. Die Westmächte einschließlich der damaligen Bundesregierung scheuten die Mühe des Auslotens dieser einmaligen Offerte. Das hatte schwerwiegende Folgen. Es blieb bei den zwei Staaten auf deutschem Boden und ihrer Verfestigung. Der Abschürung gegen Westen diente die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 und neun Jahre später

der Mauerbau in Berlin und die Errichtung von Minenfeldern und Stacheldraht in der Mitte Europas und der Mitte Deutschlands. Mit diesen grausamen Fakten haben wir es heute, 26 Jahre nach Kriegsende immer noch zu tun.

Für die sowjetische Deutschlandpolitik sind Walter Ulbricht und das von ihm und der SED aufgebaute System immer wertvoller geworden. Die DDR nimmt heute innerhalb der Warschauer Paktstaaten einen hohen Rang ein, was sich nicht nur äußerlich durch die ungewöhnliche Auszeichnung Ulbrichts auf dem letzten Parteitag der KPdSU dokumentierte. Die DDR steht 1971, dank der Leistungskraft ihrer Bewohner, an zehnter Stelle unter den Industrienationen der Welt, sie ist der wichtigste Handelspartner innerhalb des Ostblocks und sie gehört zu den treuesten Verbündeten der Sowjetunion, freilich auch gewiß nicht mehr zu den bequemsten. Das zeigt sich aktuell und konkret bei den so mühseligen, langwierigen und mit vielen Hypotheken belasteten Berlin-Verhandlungen. Die DDR mischt kräftig mit, sie betätigt sich hier weiter als Bremsen und zwingt die Weltmacht Sowjetunion zu gewissen Rücksichtnahmen. Wiederum ein vor zwanzig Jahren noch unvorstellbares Faktum.

Es ist müßig darüber zu spekulieren, welche unmittelbaren Folgen der freiwillig vollzogene Rücktritt Ulbrichts vom Posten des Ersten SED-Sekretärs für die nächste Zukunft haben wird. Das mögen Leute tun, die das Gras wachsen hören. Mit Gewißheit läßt sich freilich schon heute sagen, daß die Grundtatsachen von dem Wechsel in Ostberlin unberührt bleiben und daß wir es fernerhin im Ringen um die Organisierung des Friedens in Europa mit einer DDR zu tun haben, deren Stimme Gewicht hat und deren Einfluß im Ostblock nicht überschauen werden kann. Der Nachfolger Ulbrichts, Erich Honecker, wird ihn mehr oder weniger zu nutzen wissen, und dabei das Beispiel Ulbrichts vor sich haben, ohne zunächst seine Autorität zu besitzen. Honecker und die von ihm geführte SED werden schließlich daran gemessen werden, ob sie hemmend oder fördernd an der Sicherung des Friedens in Europa mitwirken wollen und können. Das schließt eine befriedigende Regelung der Berlin-Frage und ein geregeltes Nebeneinander beider Teile Deutschlands ein. Nur das zählt.

(ex/ex/4.5.1971/ks)

## Pornographieschutz: Fakten und Agitation

### Klarstellung zum Verhalten der CDU/CSU-Opposition

Von Hugo Brandt SPD-MdB

Mitglied des Bundestags-Sonderausschusses für die Strafrechtsreform

Man muß der Opposition widerwillige Anerkennung zollen:

Es ist ihr in der öffentlichen Diskussion gelungen, Inhalt und Problematik des 4. Strafrechtsreformgesetzes, das nur mit erheblichen Einschränkungen Sexualstrafrecht genannt werden kann, auf ein Pornoproblem zu verkürzen. Da wird die übliche politische Schrumpftaktik angewendet, bei der ein kompliziertes Gesamtgefüge reduziert wird auf die unreflektierte Gefühlsaufwallung, programmiert durch Tradition und Erziehung. Und diese Buschtrommeln der vermeintlichen Gefahr sind noch nicht einmal ohne Wirkung auf diejenigen geblieben, die für ein von Gruppenvorurteilen und Gruppenwerturteilen befreites Strafrecht eintreten. Auch bei ihnen kann man Sätze lesen, die vom Rückzug der Bundesregierung auf dem Feld des Sexualstrafrechts sprechen. Der Bundesjustizminister habe sich schon hinter seine Ausgangslinie zurückgezogen, und als Beispiel muß dann der § 184 StGB herhalten, von dem noch einmal gesagt werden soll, daß er nur einer von einem runden halben Hundert Paragraphen des Strafgesetzbuches ist, die im Rahmen des 4. Strafrechtsreformgesetzes zu ändern sind, und die noch dazu rechtspolitisch wesentlich interessanter sind als der § 184.

Von Anfang an war klar: Vor Pornographie sollen Kinder und Jugendliche geschützt werden und alle, die nichts damit zu tun haben wollen. Dabei ist es geblieben. Und weil es da allzu viele gab, denen das zu knapp ausgedrückt schien, hat der Justizminister in seine Neuformulierungen noch hineingeschrieben, was von vornherein gemeint war. Das ist alles.

Nein, doch nicht alles. Bei uns erwartet man zwar Schlimmes

von der Darstellung des Sexuellen, aber offensichtlich viel weniger Schlimmes von der Darstellung des Gewalttätigen. Der Entwurf sah schon ein absolutes Verbot sexueller Darstellungen vor, die in irgendeiner Form mit Gewalt zu tun hatten. Es hat sich im Verlauf der Diskussion jedoch herausgestellt, daß die Brutalitäten-Hausse wesentlich gefährlicher ist als eine Sex-Inflation. So besteht der einzig neue Aspekt der Neuformulierungen darin, daß künftig die Darstellung von Brutalitäten verboten werden soll. Das soll der neue Paragraph 131 StGB leisten, und das ist gut so.

Es ist schon fast pornographisch, was mit der Pornographie bei uns geschieht. Man tut so, als sei es die Aufgabe des Strafrechtes, die Leute Moros zu lehren, und als würde der einzelne strafrechtlich künftig gezwungen, Porno zu konsumieren. Man hätte sich in der öffentlichen Diskussion gewünscht, daß soviel Energie an wichtigere Aufgaben gewandt würde.

Niemand bestreitet, daß im Sonderausschuß für die Strafrechtsreform noch harte Diskussionen durchzustehen sind. Niemand bestreitet, daß dort noch Entscheidungen getroffen werden, über die kontrovers abgestimmt werden muß.

Niemand soll aber glauben, das sei so einfach, als stünden dort lediglich die Fraktionen gegeneinander. Es hat Abstimmungen gegeben und es wird sie weiter geben, die querbeet laufen. Die harte, aber nüchterne Diskussion wird auch weiterhin die Szene beherrschen.

Soweit es den Ausschuß betrifft. In der Öffentlichkeit jedoch werden - ich fürchte - auch gerade die Demagogen das laute Wort behalten. Dabei nützt ein beachtlicher Teil der Oppositionspolitiker Stimmungen aus und reitet auf ihnen. Sie sind wie Wellenreiter. Die Ungeschickten unter ihnen fallen schon beim nächsten Wellenkamm ins Wasser. Die Geschickten nutzen die Gunst der Wellen aus, aber auch sie laufen mit Sicherheit auf Strand - das ist doch geradezu der Zweck der Übung, auf diese Weise ins Trockene zu kommen. Wellenreiten ist ein ehrenwerter Sport, aber mit Politik hat er gar nichts zu tun. Das wird man hoffentlich eines Tages auch bei der Opposition lernen, daß man zumindest doch die Sprache der politischen Verantwortung sprechen sollte. (-/ee/4.5.1971/ks)

## Eine gerechtere und effektivere Erziehung

### Vom dreigliedrigen Schulwesen zur Stufenschule

Von Jürgen Girgensohn SPD-MdL

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Wir erleben gegenwärtig eine der einschneidendsten Veränderungen unseres Bildungswesens, die unsere Geschichte kennt. Es ist noch nicht allzu lange her, daß den Eltern in unserem Lande schon früh eine kaum noch korrigierbare Entscheidung über den weiteren Lebens- und Bildungsweg ihrer Kinder abverlangt wurde. Diese Entscheidung fiel in dem Augenblick, in dem die Kinder die Grundschule verließen, in der Volksschule blieben oder aber zu einer weiterführenden Schule übergingen. Wer ein Gymnasium besuchte, war in der Regel dazu "bestimmt", Akademiker zu werden. Wer auf der Volksschule blieb, war später mehr oder weniger gezwungen, einen sog. "praktischen Beruf" zu ergreifen. Die gesellschaftlichen Gruppen reproduzierten sich weitgehend selbst. Kinder von Akademikern wurden wiederum Akademiker, Kinder von Arbeitern wurden Arbeiter.

Schlimm an diesem System war, daß bei der Wahl der Schulform die Bildungsfreudigkeit der Eltern, deren eigene Vorbildung und deren Ehrgeiz oft eine wichtigere Rolle spielten als die Begabung des Kindes. Vernachlässigt wurden vor allem diejenigen Ausbildungsgänge, an deren Ende eine - immer wieder unterbewertete - praktische Tätigkeit stehen sollte, d.h. die Volksschule und die berufsbildende Schule. Die Lehrpläne der Volksschulen waren veraltet und anspruchslos. Eine "volkstümliche Bildung" und eine "schlichte Deutung der Welt", so meinte man, reichte für einen Volksschüler völlig aus. Die Schulen waren meist viel zu klein. Schüler verschiedener Altersgruppen wurden gemeinsam unterrichtet. Die Ausrüstung der Volksschulen mit Lehr- und Lernmitteln blieb weit hinter dem Stand anderer Schulformen zurück. Den Lehrern wurde zugemutet, in einer großen Zahl von Fächern zu unterrichten.

Von dem hier skizzierten starren System eines dreigliedrigen Schulwesens haben wir uns in den letzten Jahren bereits beträchtlich entfernt. In Nordrhein-Westfalen hat mein Vorgänger, Prof. Fritz Holthoff, die Volksschule von Grund auf reformiert. Er hat Schulen geschaffen, die groß genug sind, um leistungsfähig zu sein. Er hat für die fachbezogene wissenschaftliche Ausbildung der Grund- und Hauptschullehrer gesorgt. Er hat moderne Lehrplanwerke entwickeln lassen, die weit über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus Beachtung finden. Er hat

dafür gesorgt, daß der Ausbildungsgang über die Hauptschule nicht in einer Sackgasse endet. Zehnte Klassen an Hauptschulen und Fachoberschulen machen es heute auch befähigten Hauptschülern möglich, ohne Zeitverlust alle Bildungsabschlüsse anzustreben.

Die Umwandlung unseres Schulwesens ist jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Wir streben eine Schule an, die jeden Schüler in den Stand setzt, die politischen, sozialen und ökonomischen Zusammenhänge unserer Gesellschaft kritisch zu verarbeiten, die jeden einzelnen seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend fördert und die durch die gemeinsame Ausbildung aller Kinder zur sozialen Integration unserer Gesellschaft beiträgt.

Die integrierte Gesamtschule, so glauben wir, ist am besten geeignet, diese gesellschaftspolitischen und pädagogischen Zielsetzungen zu verwirklichen. Es wäre aber eine Illusion zu glauben, daß die Aufhebung der alten Schulformen und die Einführung eines nach Stufen gegliederten Schulwesens in wenigen Jahren verwirklicht werden könne. Diese Umstellung wird eine ganze Generation in Anspruch nehmen, denn die Grenzen des finanziell, personell und räumlich Möglichen sind eng gesteckt. Niemand darf z.B. daran denken, unsere kleineren Haupt-, Real- und Berufsschulen, unsere Gymnasien zu Lagerhäusern werden zu lassen, um dann in wenigen Jahren die großen Bildungseinrichtungen neu zu bauen, die wir anstreben. Außerdem müssen wir den neuen pädagogischen Konzeptionen Zeit geben, auszureifen und sich zu bewähren.

Bis 1975 sind es im wesentlichen vier Maßnahmen, die wir in Nordrhein-Westfalen ergreifen werden, um das Ziel eines nach Altersstufen organisierten Schulwesens zu erreichen. Wir werden 30 Gesamtschulen bauen. Wir werden uns, basierend auf den Frankenthaler Beschlüssen der Kultusminister-Konferenz, weiter um eine Konzeption der Stufenlehrausbildung bemühen. Wir prüfen, wie weit eine Angleichung der Lehrpläne in den Schulformen der Sekundarstufe I möglich und wünschenswert ist, und wir werden 30 Kollegstufenversuche durchführen. Diese Kollegs sollen Wege aufweisen, wie allgemeinbildende und berufsbildende Ausbildungsgänge integriert werden können, denn die alte Trennung von Bildung und Ausbildung paßt nicht mehr in unsere Zeit. Allgemeine Bildung kann nicht mehr als ein vom unmittelbaren Praxisbezug losgelöstes, berufliche Bildung kann nicht mehr als ein ausschließlich praxisbezogenes Lernen betrachtet werden. Jeder Bildungsgang ist zugleich Ausbildungsgang, immer mehr Ausbildungsgänge werden wissenschaftlich begründet.

Das also haben wir uns für die nächsten Jahre vorgenommen: Mit aller mobilisierbaren Dynamik, aber auch mit einem klaren Blick dafür, was realisiert und durchgesetzt werden kann, eine Schule zu schaffen, die zugleich gerechter und effektiver ist.

(-/cx/4.5.1971/bgy)